

# Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen

Der Zusammenschluss der hessischen  
Wohlfahrtsverbände



Diakonie 



## Geschäftsstelle

**Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.**

Friedrichstraße 24, 65185 Wiesbaden

Tel: 0611.308-1434 Fax: 0611.308-1474

info@liga-hessen.de www.liga-hessen.de

## Stellungnahme der Liga Hessen zur Weiterentwicklung der Integrationspolitik des Landes

## **Impressum**

Herausgeber: Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.  
Friedrichstraße 24, 65185 Wiesbaden

Redaktion: Gudrun Ornth-Sümenicht, Marie-Theresia Schalk,  
Martha Prassiadou-Kara, Martina Schlebusch  
September 2009

ViSdP: Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.

ungesichertem Aufenthalt und von Flüchtlingen in Integrationsmaßnahmen, Schulbesuch statusloser Kinder und die Erfordernis einer landesgeförderten Migrationssozialarbeit.

Um die Integrationspolitik in Hessen als zukunftsweisende, gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe weiterzuentwickeln, ist unseres Erachtens die Erarbeitung eines „Integrationskonzeptes/-plans für das Land Hessen“ unerlässlich. Für die Gestaltung der Integrationspolitik ist ein ganzheitliches Handlungskonzept vonnöten, das über alle Handlungsfelder hinweg mit messbaren Zielen hinterlegt ist.

Die Liga Hessen hofft, gemeinsam mit zahlreichen anderen Akteuren über diese und viele andere Aufgaben in einen kontinuierlichen wie auch kritischen Dialog für eine nachhaltige Integrationspolitik mit der Landesregierung einzutreten und bietet sich gleichzeitig als Partner bei der Umsetzung von Maßnahmen an.

## **Stellungnahme der Liga Hessen zur Weiterentwicklung der Integrationspolitik des Landes**

### **Inhalt**

1. Ausgangslage.....	2
2. Das Integrationsverständnis der Liga Hessen .....	2
3. Ressourcen relevanter gesellschaftlicher Akteure in Hessen nutzen.....	3
4. Stellungnahme der Liga Hessen zur aktuellen Integrationspolitik des Landes Hessen unter Einbeziehung der Vereinbarungen im Koalitionsvertrag .....	4
5. Integration braucht Profession .....	10
6. Arbeit mit Flüchtlingen und Menschen ohne Aufenthaltsstatus	
6.1. Asylsuchende, Flüchtlinge, Geduldete .....	10
6.2. Menschen ohne Aufenthaltsstatus .....	11
7. Ausblick .....	11

## 1. Ausgangslage

Die neue hessische Landesregierung hat die gesellschaftliche Integration von Zugewanderten zum Kernthema erklärt. Der Bedeutungszugewinn des Themas Integration wird u. a. sichtbar durch die Gründung des Hessischen Integrationsministeriums. Dieses neue Ressort wird vom stellvertretenden Ministerpräsidenten, Jörg-Uwe Hahn, geleitet, der auch Vorsitzender des Integrationsbeirates ist. Mit Kabinettsbeschluss vom April dieses Jahres wurde Integrationsminister Hahn mit der Koordination aller Integrationsmaßnahmen der einzelnen Ressorts betraut. Die Liga Hessen begrüßt den Willen der Hessischen Landesregierung, Integration somit strukturell als Querschnittsaufgabe wahrzunehmen und sich den gesellschaftlichen Herausforderungen der Integration von Zugewanderten zu stellen.

Die politische Wahrnehmung mit Blick auf das Thema Integration hat sich in den letzten Jahren verändert: Dies zeigte sich in besonderer Weise auf Bundesebene durch die Islamkonferenz und den Nationalen Integrationsplan. Die Einbeziehung aller gesellschaftlich relevanten Akteure und vor allem die Einbindung von Migranten und ihren Vertretungen in den Diskussions- und Handlungsprozess kann bundesweit ein neues Fundament für eine erfolgreiche Integrationspolitik sein.

Die Liga Hessen bringt mit dem vorliegenden Papier ihre Stellungnahme bezüglich der Hessischen Integrationspolitik ein. Wir nehmen dabei Bezug auf die aktuelle Integrationspolitik der Hessischen Landesregierung unter Einbeziehung der Vereinbarungen des Koalitionsvertrages.

## 2. Das Integrationsverständnis der Liga Hessen

Bei der Integration geht es darum, Partizipation zu ermöglichen, Teilhabechancen zu gewährleisten und die Gesellschaft gemeinsam zu gestalten. Dabei müssen Ungleichheitsbedingungen und Machtasymmetrien berücksichtigt werden. Hauptakteure in diesen Prozessen sind die Menschen selbst. Integration wird durch vielerlei private Initiativen und Unternehmen, Organisationen, Wohlfahrtsverbände sowie durch kommunale und staatliche Institutionen gefördert.

Integrationsprozesse finden in unterschiedlichen Lebensbereichen statt und hängen von gesellschaftlichen Bedingungen sowie vorherrschenden Handlungs- und Denkmustern ab. Dies fordert von den jeweiligen Akteuren unterschiedliche Anstrengungen. Sowohl für Migranten als auch für die Mehrheitsbevölkerung kann das bedeuten, Einstellungen und Verhalten an geänderte Rahmenbedingungen anpassen zu müssen. Für Institutionen bedeutet es, sich zu öffnen und Zugangshindernisse zu beseitigen. Die Werte der demokratischen

Handlung aller Flüchtlinge ist notwendig. Im Rahmen eines Resettlement sollten zukünftig kontinuierlich auch andere Flüchtlingsgruppen in nennenswerter Zahl aufgenommen werden.

Die Neuordnung der Härtefallkommission in Bezug auf die Zusammensetzung und die inhaltliche Ausgestaltung im Jahr 2008 wurde von der Liga Hessen begrüßt. Die Änderung des Härtefallkommissionengesetzes im November 2009 durch die neue Landesregierung widerspricht nach Auffassung der Liga dem Anspruch, dass die Härtefallkommission zu Bedingungen beraten und entscheiden kann, die eine Betrachtung des Einzelfalls uneingeschränkt ermöglichen<sup>2</sup>.

## 6.2 Menschen ohne Aufenthaltsstatus

Die Problematik von Menschen ohne Aufenthaltsstatus muss differenziert betrachtet werden. Auch wenn der Staat das Recht hat, die Ausreisepflicht notfalls mit Zwang durchzusetzen, gelten andererseits menschenrechtliche und im Grundgesetz verankerte Rechte unabhängig von Pass und Status und somit auch für Menschen, die sich ohne gültige Papiere hier aufhalten. Deshalb setzt sich die Liga Hessen dafür ein, dass auch statuslose Kinder angstfrei die Schule besuchen können, dass eine medizinische Notversorgung ermöglicht wird und dass Statuslose ihnen vorenthaltenen Lohn einklagen können ohne ihre Abschiebung befürchten zu müssen. Hierzu bedarf es auch der Änderung der Übermittlungspflichten im Aufenthaltsgesetz.

## 7. Ausblick

Die Liga Hessen begrüßt die Bestrebungen der Landesregierung hinsichtlich der inhaltlichen wie strukturellen Weiterentwicklung der Integrationspolitik. Als ein maßgeblicher sozialpolitischer Akteur und gleichzeitig als Träger zahlreicher Einrichtungen und Angebote für Zugewanderte mit Migrationshintergrund und Flüchtlinge erneuert die Liga ihre Bereitschaft zur konstruktiven Mitwirkung bei den anstehenden Herausforderungen.

Die Würdigung der ersten operativen Maßnahmen und einzelner Aussagen der Koalitionsvereinbarung in den Kapiteln 4 und 5 zeigen gemeinsame Positionen mit der Landesregierung auf, weisen aber auch auf inhaltliche Differenzen hin. Einige Bereiche seien hier beispielhaft genannt: Einbezug von Menschen mit

<sup>2</sup> Vgl. Position der Liga Hessen zum Gesetzesentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP für ein Gesetz zur Änderung des Härtefallkommissionengesetzes vom 09.06.2009. Landtagsdrucksache 18/775.

## 5. Integration braucht Profession

Eine nachholende und nachhaltige Integrationspolitik benötigt tragfähige und kontinuierliche Strukturen. Dazu gehört auch eine professionelle moderne Migrationssozialarbeit.

Interkulturelle Öffnungsprozesse vollziehen sich nicht von selbst, sie müssen von qualifizierten Stellen angestoßen und fachlich begleitet werden. Ehrenamtliches Engagement und Selbsthilfe – das wissen die Wohlfahrtsverbände aus eigener Erfahrung – brauchen hauptamtliche Unterstützung und Begleitung. Menschen müssen nicht nur gerufen, sondern motiviert, aktiviert und gerade in der interkulturellen Arbeit qualifiziert werden. Eine systematische Angebotsplanung und die Vernetzung im Sozialraum braucht Netzwerker, die interkulturell qualifiziert sind und Methoden des Projekt- und Konfliktmanagements, sowie der Mediation beherrschen. Netze brauchen haltbare und nachhaltige Knoten, wenn sie nicht morgen wieder auseinanderfallen sollen.

Darum fordern die Wohlfahrtsverbände die Hessische Landesregierung auf, eine professionelle Migrationssozialarbeit als effektiven Beitrag zur Integration zu unterstützen, ihre Kompetenzen und Erfahrungen zur Umsetzung einer nachhaltigen Integrationspolitik zu nutzen und mit den Wohlfahrtsverbänden in einen konstruktiven Dialog darüber einzutreten, wie eine zukünftige landesgeförderte Migrationssozialarbeit in Hessen konkret aussehen soll.

## 6. Arbeit mit Flüchtlingen und Menschen ohne Aufenthaltsstatus

### 6.1 Asylsuchende, Flüchtlinge, Geduldete

Nach Angaben des Niedersächsischen Innenministeriums bleibt ca. die Hälfte der abgelehnten Asylsuchenden auf Dauer in Deutschland. Auch aus diesem Grund brauchen wir einen Perspektivwechsel der Integrationspolitik in Hessen. Menschen ohne eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive müssen in Integrationsprozesse einbezogen werden. Deshalb sollten Integrationsangebote auch dieser Gruppe offen stehen. Die verschiedenen Bleiberechtsregelungen zeigen immer wieder, dass es gesellschaftspolitisch keinen Sinn macht, diese Gruppe über Jahre hinweg zu marginalisieren. Dagegen sollten Sprachkurse und Qualifizierungsmaßnahmen auch für Menschen ohne dauerhaften Aufenthalt geöffnet und der Zugang zum Arbeitsmarkt nicht beschränkt werden. Ihre soziale Absicherung über ein Sondergesetz (Asylbewerberleistungsgesetz) ist unzeitgemäß und verhindert gesellschaftliche Teilhabe. Ihre Wohnverhältnisse sollten sich nicht von denen anderer unterscheiden. Die Aufnahmebedingungen für irakische Flüchtlinge, die 2009 im Rahmen eines Kontingents aufgenommen werden, sollten beispielgebend auch für andere Gruppen sein. Eine Gleichbe-

Grundordnung, wie sie sich im Grundgesetz widerspiegeln, bilden den Rahmen für das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Diese Werte sind die Basis für kulturelle Vielfalt und die Gestaltung eines gemeinsamen Miteinanders. Eine unverzichtbare Grundlage für Integrationsprozesse sind Achtung und Anerkennung des jeweils Anderen und Neuen.<sup>1</sup>

Grundlegend ist, dass die Chance auf gesellschaftliche Integration jenseits des aufenthaltsrechtlichen Status von zugewanderten Menschen gedacht und gelebt werden sollte. Konkret bedeutet dies, auch Asylsuchende, Flüchtlinge und Geduldete müssen in den Prozess einbezogen werden.

## 3. Ressourcen relevanter gesellschaftlicher Akteure in Hessen nutzen

Die Integration von Zugewanderten ist ein Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens, der großen Einfluss auf viele Bereiche des Zusammenlebens von Menschen hat. Das Zusammenleben mit Migranten bereichert unsere Gesellschaft, es ist aber auch von Problemen und Ungerechtigkeiten geprägt, so dass Handlungsbedarf entsteht. Die neue hessische Landesregierung sieht diesen Handlungsbedarf, ebenso die Wohlfahrtsverbände, die Kommunen und viele Vereine und Organisationen. So hat die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen im Dezember 2008 das Aktionsprogramm „2008 – 2014“ vorgelegt. Dieses Papier stellt sehr umfassend die Themen und Handlungsnotwendigkeiten dar, die bezüglich eines funktionierenden Zusammenlebens zwischen Migranten und Deutschen relevant sind. Die Liga Hessen würdigt dieses Aktionsprogramm und stellt fest, wie wichtig die Reflektion der Integrationspolitik durch die relevanten Akteure ist.

Wesentlich erscheint, dass unterschiedliche qualifizierte Perspektiven die Grundlage für eine erfolgreiche Integrationspolitik sind. Eine gemeinsam getragene Integrationspolitik wird von einer breiten Basis gestaltet und verantwortet. Die Liga Hessen sieht sich als Akteur, der Bündnisse eingeht und Netzwerke knüpft. Unser Ziel ist die Bewältigung der politischen Herausforderungen auf einer breiten Handlungsebene. Die Steuerung eines zielorientierten Prozesses muss nach unserem Erachten durch das Land erfolgen.

---

<sup>1</sup> Vgl. Miteinander leben – Perspektiven des Deutschen Caritasverbandes zur Migrations- und Integrationspolitik, Grundlagen, zentrale Botschaften, Erläuterungen, S. 5

#### 4. Stellungnahmen der Liga Hessen zur aktuellen Integrationspolitik des Landes Hessen unter Einbeziehung der Vereinbarungen im Koalitionsvertrag

Seit Beginn dieser Legislaturperiode gibt es konkrete Maßnahmen zur Neuorganisation der Integrationspolitik des Landes. Eine der wichtigsten Neuerungen ist aus Sicht der Liga Hessen die Gründung des Integrationsministeriums sowie der Beschluss, institutionell den Grundstein dafür zu legen, dass Integration als Querschnittsaufgabe wahrgenommen werden kann.

Die Liga Hessen erkennt an, dass sich das Land auf den Weg gemacht hat, eine Integrationspolitik zu verwirklichen, die durch Steuerung auf Landesebene realisiert werden soll. Nachfolgend positionieren wir uns zu wichtigen neuen integrationspolitischen Handlungsansätzen des Landes unter Bezugnahme auf den Koalitionsvertrag.

##### a. Neukonstitution des Integrationsbeirates

Die Liga Hessen hält das Bestehen eines Integrationsbeirates für sinnvoll. Allerdings kommt es darauf an, dieses Gremium im Kontext eines landesweiten Konzepts für Integration zu verorten. Der Integrationsbeirat hat als Beratungsgremium der Landesregierung eine wesentliche Funktion. Damit ist auch die mit seiner Einbindung in ein landesweites Konzept für Integration wäre eine verbesserte Verbindlichkeit zwischen Landesregierung und anderen gesellschaftlichen Akteuren gewährleistet.

***Einbindung des Integrationsbeirates in ein Integrationskonzept des Landes.***

##### b. Integration und Vernetzung in der Region

Auf die große Bedeutung von Integrationsprozessen in der Kommune hat die Liga in der Vergangenheit immer wieder hingewiesen. Die Organisationen der Liga sind an den örtlichen Gestaltungsprozessen maßgeblich beteiligt. Vor diesem Hintergrund befürworten wir das Ziel des Landes Hessen, ganzheitliche Handlungskonzepte zu entwickeln, um die Integrationsbedingungen für Menschen mit Migrationshintergrund langfristig zu verbessern. Die einheimische Bevölkerung soll in diesen Prozess verstärkt eingebunden werden, d.h. auch, sie muss Zielgruppe einer erfolgreichen Integrationspolitik sein. Im Rahmen der Übertragung von Erfahrungen und Strukturen der Mo-

***Die Modellregionen Integration bieten gute Möglichkeiten der Erprobung erfolgreich vernetzter Integrationsarbeit in der Kommune. Wichtig sind die Einbindung bereits existierender örtlicher Projekte und Akteure sowie ein Monitoring zur Unterstützung***

##### i. Entwicklung von umfassenden und bedarfsgerechten Förder- und Bildungsmaßnahmen, die insbesondere jungen Zuwanderern den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen.

Bevor neue Maßnahmen entwickelt werden, ist es erforderlich, mehr Transparenz darüber herzustellen, welche Maßnahmen es in diesem Segment gibt. Aus der Arbeit von Beschäftigungsträgern und Jugendmigrationsdiensten wird deutlich, dass ein umfassendes Hilfsangebot, gefördert von Bund, EU, Land und Kommunen durchaus besteht. Wesentlich für den Erfolg der Arbeit ist Transparenz über die existierenden Maßnahmen, so dass Möglichkeiten der Verzahnung und Koordination besser genutzt werden können. Darüber hinaus sind alternative Strategien für die Ansprache der Zielgruppen zu entwickeln.

Im Rahmen eines landesweiten Integrationskonzepts könnte die zielgerichtete Ausgestaltung von Bildungs- und Fördermaßnahmen für Jugendliche z.B. koordiniert werden.

***Es gibt eine Vielzahl von Förder- und Bildungsmaßnahmen zur arbeitsmarktlichen Integration von Jugendlichen. Die größte Herausforderung besteht darin, diese sinnvoll miteinander zu verzahnen.***

##### j. Verstärkte Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst (z.B. Polizei, Schule, Kindergärten)

Die Interkulturelle Öffnung von Einrichtungen und Institutionen bedeutet auch die Einstellung von Personal mit Migrationshintergrund in gesellschaftlich wichtigen Positionen. Insbesondere die o.g. Bereiche erscheinen hier als gesellschaftliche Schlüsselstellen. Eine Ausweitung auf Kultur und Wissenschaft wäre darüber hinaus begrüßenswert.

***Zur Interkulturellen Öffnung von Einrichtungen und Institutionen gehört die Einstellung von Personal mit Migrationshintergrund.***

##### k. Begründung einer Patenschaft des Landes Hessen mit einer türkischen Region

Diese Vereinbarung im Koalitionsvertrag wird von der Liga Hessen ausdrücklich unterstützt.

Sprachfördermaßnahmen für bereits länger in Deutschland lebende Migranten gibt. Die Arbeit der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) macht deutlich, dass es häufig eine unzureichende Verzahnung zwischen den Sprachförderangeboten des Bundes und des Landes gibt. Es mangelt an Koordination. Die MBE leistet Koordinierungsarbeit und berät, welche Maßnahmen für wen in Frage kommen. Oftmals ist es beispielsweise für Frauen sinnvoll, die landesgeförderten niedrigschwelligen „Mama lernt Deutsch“ Kurse zu besuchen, bevor eine Teilnahme am Integrationskurs Erfolg versprechend ist.

Die Erfahrung der MBE Berater/innen zeigt, dass es darüber hinaus an Angeboten fehlt, Zugewanderten Möglichkeiten zur Qualifizierung und zur Teilhabe am Arbeitsmarkt zu eröffnen. Gemäß ihrem Konzept ist die MBE in erster Linie für Neuzuwanderer zuständig, gleichwohl benötigen auch länger in Hessen lebende Menschen mit Migrationshintergrund z.B. Beratung bezüglich ihrer Möglichkeiten zum Deutschspracherwerb, zur gesellschaftlichen Teilhabe und zur arbeitsmarktlichen Integration (nachholende Integration).

#### **h. Ausbau und Weiterentwicklung von Ganztagschulen**

Die Liga Hessen befürwortet ausdrücklich den Ausbau und die Weiterentwicklung von ganztägig arbeitenden Schulen. Wir sind der Ansicht, dass insbesondere Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund von dieser Schulform profitieren. An der Erarbeitung von schlüssigen Konzepten bietet die Liga ihre Mitarbeit an und verweist auf ihre Erfahrungen in den Bereichen schulische und außerschulische Hilfen sowie Schulsozialarbeit.

***geben. Für länger in Deutschland lebende Migranten ist eine Koordination und Begleitung des Sprachkursbesuchs sinnvoll. Darüber hinaus braucht es Beratung zur Entwicklung einer Perspektive nach dem Besuch eines Sprachkurses.***

***Ganztägig arbeitende Schulen sind wichtiger Bestandteil eines breit angelegten Bildungskonzepts, das Zugewanderten gleichberechtigte Teilhabechancen ermöglicht. Der Ausbau und die Weiterentwicklung von ganztägig arbeitenden Schulen sind zu begrüßen.***

dellregionen ist langfristig ein landesweites Monitoring angestrebt, das die Liga Hessen im Sinne einer Ziel führenden und ressourcenorientierten Integrationspolitik für unerlässlich hält.

Wir sehen durch die „Modellregionen Integration“ eine gute Ergänzung zu den Standorten der Sozialen Stadt, mit denen die Landesregierung gemäß Koalitionsvertrag ebenfalls verstärkt zusammenarbeiten möchte.

Das Programm Soziale Stadt ist in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf verortet. Stadtteile profitieren von diesem Programm insbesondere, wenn weitere örtliche Akteure (z.B. Projekte, Initiativen) an die Handlungsfelder der Sozialen Stadt wie z.B. Wohnen, Wohnumfeld, Beschäftigungsförderung andocken. Dies bedeutet, dass Transparenz und die Möglichkeiten örtlicher Kooperation für den Erfolg der Sozialen Stadt elementar wichtig sind. Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE), Jugendmigrationsdienst (JMD) sowie die bundesgeförderten gemeinwesenorientierten Projekte leisten hier Koordinierungsarbeit mit Blick auf die Zielgruppe der Migrantinnen und Migranten.

Im Sinne der Nutzung von Synergieeffekten ist das Land bei der Abstimmung und inhaltlichen Zusammenarbeit lokaler Akteure wie z.B. Modellregionen und Standorte der Sozialen Stadt in seiner Steuerungsfunktion gefragt.

#### **c. Gemeinsamer Dialog landesweiter Akteure**

Der Nationale Integrationsplan hat auf Bundesebene gezeigt, dass die Beteiligung aller relevanten gesellschaftlichen Akteure ein Gewinn für die Diskussion und Verbesserung von Integrationsprozessen ist. Mit der Einberufung der ersten Hessischen Integrationskonferenz knüpft das Land Hessen an die Erfahrungen des Bundes an und hebt damit das Thema Integration auf eine breite gesellschaftspolitische Diskussionsebene. Die Liga bringt gerne ihre Fachkompetenz in dieses Dialogforum ein.

***von Steuerungsprozessen.***

***Transparenz und die Möglichkeiten örtlicher Kooperationen sind wichtig.***

***Das Thema Integration wird durch die Integrationskonferenz auf eine breite gesellschaftspolitische Diskussionsebene gestellt.***

Ergänzend zur Integrationskonferenz ist die Gründung einer Enquetekommission zum Thema Integration in Vorbereitung. Die Liga Hessen begrüßt die Einrichtung der Kommission.

#### **d. Umfassende Analyse in Bezug auf Bildungsverhalten und Arbeitsmarktsituation von Migrantinnen und Migranten**

Die Liga Hessen begrüßt eine umfassende Analyse, die sich mit dem Bildungsverhalten und der Arbeitsmarktsituation von Migrantinnen und Migranten beschäftigt. Wir schlagen vor, die Analyse auf die Bereiche Gesundheit und Soziales auszuweiten.

Darüber hinaus erscheint es sinnvoll, einen Überblick darüber zu erstellen, welche Angebote und Möglichkeiten es gibt, die in der Analyse identifizierten Schwachstellen zu beheben oder Potenziale von Zugewanderten zu nutzen. Wesentlich ist das Erkennen von nicht existierenden oder nicht funktionierenden Schnittstellen zwischen den Integrationsangeboten (für Zugewanderte). Die Praxis zeigt, dass es oftmals an Möglichkeiten mangelt, Zugewanderten konkrete Perspektiven für ihren Integrationsprozess anzubieten. Die Ergebnisse der Analyse sollten in ein Integrationskonzept des Landes Hessen münden. Das Integrationskonzept sollte in einem Konsultationsprozess zwischen dem Land Hessen und den relevanten gesellschaftlichen Akteuren erstellt werden.

#### **e. Ausbau eines Netzwerks von Integrationslotsen**

Die Arbeit mit Ehrenamtlichen ist eines der Kerngeschäfte der freien Wohlfahrtspflege. Ihre Tradition reicht weit vor den Einsatz von Integrationslotsen zurück. Die Erfahrung zeigt, dass die Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen sowie der Erfolg ihres Einsatzes wesentlich davon abhängt, ob sie koordiniert, fortgebildet und Wert geschätzt werden.

Die Liga Hessen ist der Meinung, dass der Ausbau eines Netzwerks von Integrationslotsen vor allem

***Einbettung der Ergebnisse dieser Analyse in ein Integrationskonzept des Landes Hessen.***

***Ehrenamt und Profession gehören zusammen! Der Einsatz von Ehrenamtlichen erfolgt dann dauerhaft, zielgerichtet und effizient, wenn es eine Steuerung durch***

dann sinnvoll ist, wenn dieses mit professionellen Strukturen verbunden wird. Benötigt wird eine systematische Angebotsplanung und Netzwerker, die interkulturell qualifiziert sind. In diesem Kontext sind auch Kooperationsabsprachen mit der bundesgeförderten Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) und den Jugendmigrationsdiensten (JMD) sinnvoll und notwendig.

***Hauptamtliche gibt.***

#### **f. Förderung des Spracherwerbs von Kindern mit Migrationshintergrund**

Es ist unstrittig, dass der Erwerb der deutschen Sprache wesentliche Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe ist. Die frühzeitige Förderung des Spracherwerbs von Kindern mit Migrationshintergrund ist deshalb ausdrücklich zu begrüßen. Weil Sprachförderung auch ein Instrument der Ressourcenförderung sein sollte, ist die Bedeutung der Mehrsprachigkeit zu berücksichtigen und deren Förderung bei der Konzeptionierung von Angeboten zu berücksichtigen.

Sprachmaßnahmen greifen nur, wenn Kinder auch die Möglichkeit erhalten, Sprache außerhalb gezielter Fördermaßnahmen zu praktizieren. Gute Möglichkeiten des deutschen Sprachgebrauchs werden den Kindern z.B. in Kindertagesstätten oder ganztägig arbeitenden Schulen eröffnet. Es ist deshalb besonderer Wert darauf zu legen, diese Angebote auszubauen.

***Sprachfördermaßnahmen sind auszubauen und mit anderen Fördermaßnahmen (z. B. Hippie, Balu und Du, Opstapje) zu vernetzen. Der Zugang zu ganztägigen Betreuungsangeboten für Kleinkinder und Schulkinder ist eine wichtige Voraussetzung für den Erwerb und die Anwendung von Sprache und Bildung.***

Ebenso besteht die Notwendigkeit der Verzahnung von Sprachmaßnahmen mit Familienbildungsprogrammen, wie z. B. HIPPY, Opstapje, Balu und Du.

#### **g. Angebote für bereits länger in Deutschland lebende Ausländer und Spätaussiedler**

Die Liga Hessen weist darauf hin, dass der Anteil der bereits länger in Deutschland lebenden Ausländer und Spätaussiedler in den bundesgeförderten Integrationskursen bereits jetzt bei bis zu 60% liegt. Es hat sich gezeigt, dass es einen großen Bedarf an

***Es sollte eine Koordinierung zwischen den Sprachförderangeboten des Landes und des Bundes***